

Fotos: Edith Karge



Momper und Gysi fordern NPD-Verbot

Zu einer Manifestation für ein Verbot der neonazistischen NPD wurde der Protest gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Dezember. Auch wenn es nicht gelang, den Nazi-Marsch zu stoppen, zeigte das breite antifaschistische Bündnis eine neue Qualität.

NPD-Politiker aus Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, komplett in schwarz gekleidete „Kameradschaften“ sowie neonazistische Skinheads und allen voran eine obskure Gruppe „Autonome Nationalisten“ wollten unter dem zynischen Motto „Jugend braucht Perspektive“ für ein „Nationales Jugendzentrum“ demonstrieren und suchten

sich das Jugendzentrum der Sozialistischen Jugend Die Falken als Ziel ihres Marsches aus. Die Gegenkundgebung machte diesmal deutlich, dass man andere Perspektiven hat. Der Fraktionschef der Linken im Bundestag, Gregor Gysi, forderte ein Verbot der NPD. „Diese Partei ist verfassungswidrig“, sagte Gysi. Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) sagte in seiner Rede: „Niemand braucht die Braunen, sie sind überflüssig.“ Ein Verbot der NPD, so betonte er, sei „eine Bringpflicht der Politik in diesem Land“. Der Neuköllner SPD-Bundestagsabgeordnete Ditmar Staffelt versprach, dass die SPD im Bundestag „alles tun werde, um ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD noch in dieser Legislaturperiode einzuleiten“. Auch Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky hatte erklärt, er sei „ohne jede Einschränkung“ für ein Verbot. Der SPD-Politiker hatte im RBB-Hörfunksender Radio Multikulti dazu aufgerufen, sich an den Gegendemonstrationen zu beteiligen.

Erst einen Tag zuvor war dagegen bekannt geworden, dass Bundestagspräsident Lamert (CDU) sich weigert, die 175.000 für ein NPD-Verbot gesammelten Unterschriften der Aktion NONPD entgegenzunehmen. Auf einen klaren Nenner brachte eine Anwohnerin ihre Meinung zum Nazi-Aufmarsch gegenüber der Abendschau: „Ich könnte kochen, so was muss verboten werden“.

Karl Forster



Keine Selbstbedienung der Abgeordneten

Der Deutsche Bundestag hat im November mit den Stimmen der Regierungskoalition eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten beschlossen. Die Blättchen-Redaktion bat unseren Abgeordneten Gregor Gysi dazu um eine Stellungnahme.

„In der Bundesrepublik leben zurzeit 2,6 Millionen Kinder in Armut. 7,4 Millionen Menschen beziehen ausschließlich oder zusätzlich ALG II. 1,33 Millionen Menschen sind Aufstocker, das heißt sie verdienen als Vollzeitbeschäftigte so wenig, dass sie zusätzlich Sozialleistungen bekommen, um überhaupt existieren zu können. 6,6 Millionen Menschen haben einen sogenannten Minijob, das heißt sie verdienen ebenfalls extrem wenig. 800 000 Menschen sind in Leiharbeit tätig, davon 275 000 als Aufstocker. Sie verdienen zwischen einem Drittel und zwei Drittel von dem, was andere in gleicher Tätigkeit verdienen. Sie werden immer mehr von Unternehmen genutzt, um Lohnsenkungen bei der eigenen Belegschaft durchzusetzen. In den letzten 10 Jahren gab es in Deutschland einen Reallohnverlust von 6 Prozent. Rentnerinnen und Rentner erleben nichts anderes als Minusrunden, das heißt das unter Berücksichtigung steigender Beiträge und der Inflationsrate sie real von Jahr zu Jahr weniger finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. In eine solche Situation mag alles Mögliche passen, aber nicht eine Selbstbedienung durch Diätenerhöhung.“

Nach der Beschlussfassung teilte die Fraktion DIE LINKE mit, dass ihre Abgeordneten den Betrag der Erhöhung für gemeinnützige Zwecke spenden werden.

IN DIESER AUSGABE

- Seite 3: Freiwilligenengagement stärker unterstützen
- Seite 4: Sicherheit statt Bürgerrechte?
- Seite 5: Leben im Sonnenhaus
- Seite 9: Mit Arnold Zweig im Nationalkomitee

Das nächste Blättchen erscheint am
17. Januar 2008

Kein Sport für Nazis

„Sozialdetektive“ anderweitig einsetzen



Auf ihrer Sitzung am 22. November hat die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, die Nutzungsordnung für Sportanlagen so zu überarbeiten, dass rechtsextreme oder diskriminierende Äußerungen und Kleidungsstücke zum Verweis von Nutzerinnen und Nutzern führen. Der Antrag der Linksfraktion war im Sportausschuss beraten und unter Beachtung der Hinweise der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus ein entsprechender Passus erarbeitet worden.

Wie im vergangenen Jahr schlossen sich die Bezirksverordneten aller demokratischen Parteien in einem gemeinsamen Antrag dem Aufruf des „Bündnisses Demokratie und Toleranz“ zum Protest gegen die Demonstra-

tion rechtsextremer Kräfte am 1. Dezember an und riefen zum „Fest auf der Straße“ auf.

In einem Antrag fordert die Linksfraktion das Bezirksamt auf, sich in der Trägervertretung des „JobCenters“ dafür einzusetzen, den „Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch“ vorrangig zur Kontrolle der vergebenen Maßnahmen an Träger heranzuziehen. Die sogenannten „Sozialdetektive“ würden derzeit zu überwiegend die Würde der Betroffenen verletzen den Nachforschungen im Privatbereich eingesetzt. Ihr Aufgabenbereich sei aber von Gesetzes wegen nicht auf Kontrollen im Privatbereich beschränkt. „Es entspricht der Realität, dass die Fördergelder nicht immer zweckentsprechend verwendet und z.B. „Ein-Euro-Jobber“ sachfremd eingesetzt werden“, erklärt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Dan Mechtel. Derartiges zu kontrollieren, erscheine sinnvoll. Der Antrag wurde in den Sozialausschuss überwiesen.

In einem SPD-Antrag sollte das Bezirksamt ersucht werden, die Plastik einer vietnamesischen Mutter mit Kind, die derzeit vor

dem Schloss in Köpenick steht, künftig in den Interkulturellen Gärten zu zeigen. Die Linksfraktion hatte im Kulturausschuss sich erfolgreich gegen die Festlegung auf die Interkulturellen Gärten eingesetzt, um einen im Stadtbild besser sichtbaren Standort zu erreichen. In der Fraktion umstritten blieb der Antrag dennoch, weil die ursprünglich beabsichtigte Beteiligung der Kommission Kunst im öffentlichen Raum keine Mehrheit gefunden hatte. In diesem Teilerfolg begründen sich Zustimmungen und Enthaltungen der Fraktionsmitglieder. In einer kruden antiamerikanischen Argumentation setzte sich im Plenum der NPD-Verordnete Fritz Liebenow für den bisherigen Ort ein. Zu DDR-Zeiten war die Plastik vor der damaligen Ho-Chi-Minh-Schule in Friedrichshagen aufgestellt worden.

Auf Antrag der Linksfraktion empfiehlt die BVV dem Bezirksamt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Ampelphase für Fußgänger an den Ampeln Puschkinallee / Am Treptower Park / Eingänge Ehrenmal so verlängert werden, dass auch Mobilitätsbehinderte die Straße sicher überqueren können.

*Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick*

Kurzmeldungen aus dem Stadtbezirk

Struktur der Bibliotheken im Bezirk

Mit der Schaffung des Bibliotheksnetzes im Bezirk wird keine inhaltliche Erneuerung des Bestandsprofils einhergehen. Hauptaugenmerk wird weiterhin auf Literatur zur Aus- und Weiterbildung, Schulliteratur, gezielte Sachliteratur, Belletristik für die Freizeit, insbesondere Kinder- und Jugendliteratur sowie multimedialle Angebote gerichtet.

Radfahren in der Altstadt Köpenick

Radfahrer können die Altstadt Köpenick in der Fußgängerzone in beiden Richtungen durchqueren. Sie müssen dies allerdings im Schrittempo tun. Außerdem ist es erlaubt, in der öffentlichen Grünanlage Luisenhain mit dem Fahrrad zu fahren.

Fließlauf der Wuhle

Im und am Fließlauf der Wuhle sind im Bezirk Treptow-Köpenick zur Zeit keine wasserbaulichen Maßnahmen vorgesehen. Nach Aussagen der zuständigen Senatsverwaltung werden gegenwärtig nur im Bezirk Marzahn-Hellersdorf Renaturierungsarbeiten an der Wuhle durchgeführt.

Städtepartnerschaft Grüne Lernorte

Im Rahmen der Städtepartnerschaft grüne Lernorte haben die beiden einbezogenen Kitas des Bezirks Treptow-Köpenick bereits Fachwissen und Erfahrungen mit unterschiedlichen konzeptionellen Ansätzen an Cajamarca in Peru weitergegeben. Zwischen dem pädagogischen Personal beider Seiten wurden vor allem Kenntnisse in den Gebieten Pädagogik, Soziales, Ökologie und Gesundheit ausgetauscht.

Auch in der ukrainischen Stadt Lviv (Lemberg), mit der 2003 ein Projekt vereinbart worden war, entstand mit Hilfe der Erfahrungen des Bezirks in einer dortigen Kita ein ökologischer Lernort.

Schulinspektionen

Bei Schulinspektionen im Bezirk werden Aufgaben des Schulträgers, Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln, Raumgestaltung und Mobilar unter dem Aspekt von Lern- und Arbeitsbedingungen in die Beurteilung einbezogen. Darüber hinaus werden bauliche Probleme meist schon in der Planung berücksichtigt. Der Ausstattungsgrad mit Informationstechnologie an den Schulen sowie deren Nutzung im Unterrichtsprozess konnte bisher als gut bewertet werden.

Im Schuljahr 2005/06 fanden Inspektionen in der Grundschule in der Köllnischen Vorstadt, in der Linus-Pauling-Oberschule und der Merian-Oberschule statt.

Im 1. Halbjahr 2006/07 gab es Inspektionen in der Edison-Grundschule, Bölsche-Oberschule, Archenhold-Oberschule, Grundschule am Gingko-Baum, Hauptmann-von-Köpenick-Grundschule und Ahorn-Schule. Im 2. Halbjahr 2006/07 wurden die Anne-Frank-Oberschule, die Grundschule am Berg und die Hans-Grade-Oberschule aufgesucht.

Steintransporte

Wie aus dem Stadtplanungsausschuss zu erfahren war, kommen die Pflastersteine, mit denen wir unsere Strassen und Plätze gestalten von immer weiter her. Von China war die Rede. Deshalb werden Platzgestaltungen wie in Friedrichshagen und am Kaisersteg immer komplizierter. Dazu kommt noch, dass die Transportkapazität mit den Taschen unserer Bezirksbürgermeisterin bei ihren China-Besuchen mindestens für Steine sehr begrenzt ist. Jedenfalls hat sie bei ihrer letzten Reise nach China offensichtlich soviel Steine mitbekommen dass nunmehr der Marktplatz in Friedrichshagen doch sein dem alten Fritzen würdiges Mosaik erhalten hat.

Walter Stern

Freiwilligenengagement stärker unterstützen

Das Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick „Sternenfischer“, das am 3. Dezember in der Müggelheimer Str. 18 eröffnet wurde, entstand mehr als nur eine neue Service- und Beratungseinrichtung rund um das Thema Freiwilliges - oder auch Bürgerschaftliches Engagement im Bezirk.

Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens meines Sozialamtes setzte sich der Träger USE gGmbH mit seiner Konzeption durch und übernimmt den Aufbau des Freiwilligenzentrums des Bezirks mit Zuwendungsmitteln, die aus managementbedingten Mehreinnahmen des Sozialamtes finanziert werden.

Drei Mitarbeiterinnen wurden von USE gGmbH zur Leitung des Zentrums, Freiwilligenkoordination und zur Unterstützung bei Verwaltungsaufgaben eingestellt.

Zu den Kernaufgaben des Freiwilligenzentrums gehören:

- die Beratung, Begleitung und Vermittlung an einem Engagement interessierter Bürgerinnen und Bürger
- die Beratung von Organisationen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten
- die Bündelung und Verwaltung von Angeboten für Freiwillige
- die Schaffung von Angeboten der Fort- und Weiterbildung in der Freiwilligenarbeit
- die Akquise und Mobilisierung weiterer Engagement-Partner

Die endgültige Heimat des Freiwilligenzentrums soll die Wuhle Passage in der Bahn-

hofstraße sein, deren Bau im Dezember 2008 abgeschlossen sein soll.

Auch strukturell hat sich mein Sozialamt auf die künftig verstärkte Förderung des Freiwilligen-Engagements eingestellt. Seit 1. Juli 2007 gibt es eine eigene Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Seniorenfreizeitstätten“ im Amt.

Am 25. und 26.10.2007 fand eine von meinem Sozialamt ausgerichtete Fachtagung zum Thema: Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und des Corporate Citizenship, als oder Förderung der Engagements in Unternehmen, statt. Die Tagung stellte den Ausgangspunkt für die Bündelung eines transnationalen EU-Projektes dar und bot Raum für einen transnationalen Erfahrungsaustausch zum Gesamtansatz des Bürgerschaftlichen Engagements. Es konnten Gäste aus Schweden, Polen und Großbritannien begrüßt werden. Das neue Freiwilligenzentrum wird gemeinsam mit dem Sozialamt diesen Ansatz weiter verfolgen.

Ziel soll es aber auch sein, alle bereits vorhandenen Strukturen der Freiwilligenarbeit zu vernetzen. Um das besser als bisher zu erreichen, habe ich einen bezirklichen Beirat für Bürgerschaftliches Engagement berufen. Der Beirat wird einen breiten Querschnitt repräsentativer Träger des Bezirks, herausragender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, aber auch außerordentlich engagierte Freiwillige repräsentieren.

Er soll ein unabhängiges Gremium zur Unterstützung der Freiwilligenarbeit im Bezirk Treptow-Köpenick sein und sich vor allem

auch bei Foren und Dankeschön-Veranstaltungen einbringen und zugleich Impulsgeber und Multiplikator für neue Projekte und Vorhaben im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements des Bezirks sein.

In den letzten Wochen bin ich oft gefragt worden, ob und was bei der Förderung von mehr Freiwilligen Engagement „Links“ sei und warum ich mich dafür so engagiere. Ich tue das nicht nur, um rote Senatspolitik zu unterstützen, denn für die Förderung des landesweiten Bürgerschaftlichen Engagements ist unsere Senatorin Heidi Knake-Werner verantwortlich. Ich engagiere mich dafür, weil ich finde, es ist Zeit für mehr Engagement.

Wenn mehr als 23 Millionen in Deutschland sich engagieren, anderen Menschen Zeit, Ideen, Geld und Zuwendungen geben, muss das auch Thema einer linken Politik sein. Engagement für andere fördert die Alltags-solidarität und den Zusammenhalt zwischen den Generationen und ist wichtiger Baustein der Zivilgesellschaft.

Und gerade in unserem Bezirk ist Freiwilliges Engagement ein großes Thema. Hier gibt es bereits viele und vor allem im Alter über 60 Jahren, die sich engagieren. Es gibt darüber hinaus eine hohe Identifikation mit den Ortsteilen. Es gibt also eine gute Grundlage, die durch Beirat und Zentrum noch besser vernetzt und gefördert werden soll.

Und es gibt auch noch Potenziale – also ist es Zeit für noch mehr Freiwilliges Engagement.



Ines Feierabend,
Stadträtin für Soziales
und Gesundheit

Ausbildungsplatzinitiativen im Bezirk

Ausbildung zur Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr

Mit Vertretern der Jugendausbildungshilfe, der Wirtschaft, des Handwerks und der Agentur für Arbeit oder des Job Centers wurden im Bezirk gemeinsame Ausbildungsinitiativen vereinbart, wenn die Ausbildung junger Menschen durch Maßnahmen anderer Träger und Organisationen nicht sichergestellt werden kann.

Zielgruppe sind Jugendliche mit individueller oder gesellschaftlicher Benachteiligung. Der Verein „Pro Bildung Berlin Süd-Ost e.V.“ ist dabei als ein Zusammenschluss verschiedener Bildungsdienstleister tätig. Er koordiniert und vernetzt als Leitbetrieb der

gemeinsamen Initiative die Ausbildungsdienstleister „TÜV – Akademie“ und „Praxis – NAH e.V.“ im regionalen Ausbildungsbund des Bezirkes Treptow-Köpenick. Das Bezirksamt beteiligt sich als Kofinanzierer an der Ausbildung bei den beiden Dienstleistern.

Bei der TÜV-Akademie werden die Jugendlichen nach dem „Berliner Modell“ ausgebildet. Es dient der Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr und sieht vor, dass Unternehmen der freien Wirtschaft Jugendliche in bestimmten Berufen ausbilden, an denen in der Bundeswehr Bedarf ist.

Die Bundeswehr garantiert ihrerseits nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung die Übernahme als Soldat/Soldatin auf Zeit und beteiligt sich ebenfalls an den Ausbildungskosten.

Bei der TÜV – Akademie konnten auf diese Weise in den Jahren 2003 bis 2007 insgesamt 74 Jugendliche einen Berufsabschluss erlangen, so unter anderem auf den Gebieten IT-Systemelektronik, Bürokommunikation, KFZ-Mechatronik.

Im Zuge der bezirklichen Ausbildungsinitiative bei Praxis NAH e.V., die sich auf handwerkliche Berufe konzentriert, wurden im oben genannten Zeitraum 57 Jugendliche unter anderem als Bootsbauer, Metallbauer, Gärtner, Tischler oder Kaufmann/frau ausgebildet.

Sicherheit statt Bürgerrechte?

Gregor Gysi traf Jan Korte in Alt-Treptow

Die Fragen von Innerer Sicherheit und Bürgerrechten sind derzeit politisch in aller Munde. Themen wie die Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes in Berlin oder die Kfz-Kennzeichenerfassung werden zum Teil auch in der LINKEN sehr kontrovers diskutiert. Zum einen muss man sich fragen, wie real die Terrorgefahr ist. Des Weiteren muss man sich aber auch vor Augen halten, dass sich Schäubles Vorschläge nicht ausschließlich gegen Terroristen richten, sondern jeden Menschen betreffen. Insbesondere deshalb treiben mich zahlreiche Fragen um. Sind meine Rechte auf informationelle Selbstbestimmung und auf Privatsphäre noch ausreichend geschützt? Wie wird in diese Rechte durch neue Maßnahmen der Bundesregierung eingegriffen?

Mehr dazu konnte man auf der Veranstaltung „Gregor Gysi trifft...“ im November im „Gèrard Philipe“ in Alt-Treptow erfahren. Gregor Gysi und sein Gast Jan Korte, Mitglied des Innenausschusses und Datenschutzbeauftragter der Linksfraktion im Bundestag, erklärten ihren Zuhörern, welche Instrumente zur Überwachung von Bürgern mittlerweile beschlossen oder geplant wurden. Korte verwies insbesondere auf die bereits eingeführte Anti-Terror-Datei, die geplante Online-Durchsuchung und die nunmehr durch die Große Koalition beschlossene Vorratsdatenspeicherung. Unter dem Vorwand der Terrorprävention müssen durch private Telekommunikationsunternehmen nunmehr die Internet- und Telefondaten aller Kunden für sechs Monate gespeichert werden. Ganz konkret heißt das: Wenn Jan Korte über sein Handy Gregor Gysi auf seinem Handy anruft, müssen die Telefonanbieter protokollieren, dass dieses Gespräch stattgefunden hat. Darüber hinaus wird über sechs Monate gespeichert, wann das Gespräch stattfand sowie an welchem Ort ungefähr sich Jan und Gregor mit ihrem Handy befunden haben. Gleiches gilt für das Internet. Es kann bei jedem Menschen über sechs Monate verfolgt werden, welche Internetseiten er in dieser Zeit angeklickt hat.

Ich frage mich, ob die Vorratsdatenspeicherung zu einer effektiveren Strafverfolgung von Terroristen führen kann. Das kann man wohl bei aller Kritik bejahen. Bisher ist allerdings die Entscheidung über die Datenerhebung bei Telefonaten Richtern vorbehalten. Diese prüfen, ob überhaupt ein konkreter Tatverdacht vorliegt. Die große Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind aber keine Terroristen oder Straftäter. Durch die gesetzliche Ver-

ankerung und Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung ab dem 1. Januar 2008 werden nunmehr alle Menschen unter eine Art Generalverdacht gestellt und es wird dadurch massiv in die Privatsphäre der Menschen eingegriffen.

Angesichts dieser Überwachung und mit den Maßnahmen der Terrorbekämpfung und der Anti-Terror-Datei, erklärte Jan Korte anschaulich an einem Beispiel, könne es passieren, dass auch völlig ahnungslose Menschen in die Nähe eines Terrorverdachts geraten. Ergänzend wies Gregor Gysi darauf hin, dass man auch die individuellen Ängste der Menschen vor Kriminalität ernst nehmen müsse. Das aber könne nicht dazu führen, dass alle pauschal überwacht und damit gewissermaßen unter eine Art Generalverdacht gestellt würden.

Im Rahmen der Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung gab es dann auch ganz praktische Lebenshilfe, wie man seine Privatsphäre schützen kann. Eine Besucherin fragte nach, wie man sich gegen die lästigen Werbeanrufe von Firmen, die insbesondere auch ältere Menschen betreffen, wehren könne. Hierzu antwortete Jan Korte, dass man sich im alltäglichen Leben auch immer selbst kontrollieren müsse, welche persönlichen Daten man von sich preisgebe. Er verwies darauf, dass zum Beispiel Rabatt-Karten von Kaufhäusern und Supermärkten sowie kommerzielle Gewinnspiele,

für welche man auf der Straße oder auch am Telefon angesprochen wird, vor allem der Adressensammlung zum Weiterverkauf an andere Firmen sowie der Erforschung des Einkaufsverhaltens von Menschen dienen.

Mehr Informationen zum Thema Datenschutz und Innere Sicherheit:

- Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung: www.vorratsdatenspeicherung.de
- Chaos Computer Club: www.ccc.de
- Internsetseite von Jan Korte, MdB und Linksfraktion www.jankorte.de

Katharina Weise, Bezirksverordnete aus Alt-Treptow und Mitglied der Linksfraktion in der BVV

Bürgersprechstunden

Mittwoch 11. November 16 - 18 Uhr
in der Geschäftsstelle DIE LINKE.
Treptow-Köpenick, Allendestraße 1,
Mit Uwe Doering, Mda.

Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel.: 030-63 22 43 57 Fax: 030-63 22 43 58

nächste Sprechstunde

Di 18. Dezember und Di 28. Januar
in der Zeit von 14.00 bis 18.00 Uhr.
Das Wahlkreisbüro ist in der Zeit vom
24. Dezember bis zum 14. Januar
geschlossen.



Foto: Karl Forster

Gespräch über Stadionprojekt bei Union

Am 17. November 2007 besuchte Gregor Gysi das Regionalligaspiel des 1. FC Union gegen den VfB Lübeck (Union gewann in dem spannenden Spiel 4:3). Zuvor informierte sich Gregor Gysi in einem Gespräch mit dem Vereinspräsidenten Dirk Zingler (Bildmitte) und Uwe Doering (Aufsichtsratsmitglied) über den Stand des Stadionpro-

jekts. Der Zustand des Stadions an der Alten Försterei ist so, dass eigentlich nur noch mit Ausnahmegenehmigungen des DFB der Spielbetrieb möglich ist. Der Verein würde gern das Stadion vom Bezirk übernehmen um damit die Grundlage für den sponsorenfinanzierten Umbau zu bekommen. Gregor Gysi sagte seine Unterstützung bei der Realisierung des für den 1. FC Union so wichtigen Projektes zu.



Festtagswünsche der Redaktion

Wieder neigt sich ein Jahr dem Ende. Ein Jahr mit großen Veränderungen. Aus der PDS wurde DIE LINKE. Damit verbinden sich weitere Wünsche und Hoffnungen. Vielleicht genießen Sie die Vorweihnachtszeit mit einem Bummel über den schönen Köpenicker Weihnachtsmarkt (Foto) der am Frei-

tag, 7. Dezember seine Pforten am Schlossplatz öffnet und bis zum 16. Dezember andauert. Aber auch andere interessante Weihnachtsmärkte Berlins laden zum Besuch. Beispielsweise der Chanukka-Weihnachtsmarkt des Jüdischen Museums. Zwei unterschiedliche Feste mit einem gemeinsa-

men Markt. Das jüdische Lichterfest Chanukka erinnert an den Aufstand der Israeliten gegen die Syrer im Jahr 165 vor Christus und deren Verbot, die jüdische Religion auszuüben. Gemeinsamkeiten gibt es aber auch, die reichen vom Baumschmücken bis zum Geschenke auspacken.

Bezirksvorstand und Fraktion als Herausgeber des Blättchen Treptow-Köpenick und vor allem die Blättchen-Macher(innen) in der Redaktion wünschen ihren Leserinnen und Lesern besinnliche Feiertage und vor allem ein friedliches neues Jahr.

Am 17. Januar lesen Sie uns dann wieder mit dem ersten Blättchen im neuen Jahr.

Karl Forster



Leben im Sonnenhaus – miteinander und füreinander

In der Flutstraße 1 in Niederschöneweide gibt es ein besonderes Haus, das erste Generationenhaus Berlins. In drei Jahren intensiver Arbeit haben sich die jetzigen Bewohner der zwölf Wohnungen einen Traum realisiert: Ihr Sonnenhaus. Koordiniert wird das Projekt von der Architektin Anita Engelmann.

blättchen: Das Projekt ist der Gegenentwurf zu einer Gesellschaft, in der sich Junge und Alte nur selten begegnen. Seit einem Jahr ist aus dem gemeinsamen Werkeln das gemeinsame Wohnen geworden. Sind alle Wünsche in Erfüllung gegangen?

Engelmann: Das Neben- und Miteinander von Jung und Alt, die Integration behinderter Menschen, die gegenseitige Hilfe und Unterstützung, das funktioniert. Mit eingeflossen sind ausdrücklich auch unsere Erfahrungen aus zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Der größte Teil der Mieter kommt aus dem Osten.

Es gibt hier ein Café und einen kleinen Ökoladen, die in Eigeninitiative betrieben werden. Gibt es dafür Partner aus der Region?

Jetzt kümmern sich besonders die jungen Leute dass alles läuft. Die backen Kuchen, stehen hinter dem Tresen, machen sauber. Es ist schon toll, wie sie mitmachen.

Wir waren übrigens eines der ersten Nichtraucher-Cafés in der Stadt – schon lange vor dem Gesetz.

Obst, Gemüse und die anderen Waren beziehen wir von einem Großhandel, der ökologische Produkte anbietet. Wir hätten gerne direkte Beziehungen zu Produzenten aufgebaut, nur fehlte bisher die Zeit. Aber wir haben jetzt jemanden gefunden, der sich

hier engagieren will. Vielleicht kann er sich damit sogar eine eigene Existenz aufbauen. **Im Jahr 2000 waren sie für die PDS Bezirksrätin hierin Treptow-Köpenick. Nach einem Jahr haben Sie aufgegeben.**

Ich hatte andere Vorstellungen davon, wie und mit wem man in so einer Funktion eigene Ideen umsetzen kann. Dabei gab es durchaus Erfolge, ich denke da an die Umsetzung des „Kölner Modells“ (ein Projekt, mit dem arbeitslose Jugendliche in Arbeit gebracht wurden - d.R.). Nur klappte irgendwie das Zusammenspiel der Akteure hier im Stadtbezirk nicht.

Aber ohne diese Erfahrungen hätte ich mir das Sonnenhaus-Projekt nicht zugetraut.

Seit September dieses Jahres sind Sie auf Vorschlag der Partei DIE LINKE in den Aufsichtsrat der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND gewählt worden.

Als Architektin fällt das ja in meine Fachkompetenz und ich finde, das ist eine spannende Aufgabe. Außerdem ist es Zeit, mal wieder über den Tellerrand zu schauen, damit man den Blick für das „Große Ganze“ nicht verliert.

Zurück zum Sonnenhaus. Betrieben wird es durch den Sonnenhaus e.V. Kann man da Mitglied werden?

Ja, jeder Mensch kann da Mitglied werden, wenn er sich mit unserer Idee identifizieren kann. Alles, was er sonst dafür tun muss, ist, den Aufnahmeantrag auszufüllen. Der monatliche Beitrag ist 1 Euro. Bewerben oder besser gesagt informieren kann mensch sich direkt per Email bzw. Telefon. Darüber hinaus können auch jederzeit persönliche Gesprächstermine vereinbart werden.



Anita Engelmann (rechts) mit Max (aus der Jugend-WG) hinter dem Tresen „ihres“ Cafés

Was wünscht sich Anita Engelmann noch?

Das Gelände am Ende der Flutstraße zur Spree hin befindet sich derzeit in einem traurigen Zustand. Das zu einem attraktiven Wohn- und Erholungsgebiet zu entwickeln das wäre schon eine tolle Sache für den gesamten Kiez. Vielleicht finden sich ja doch Mitstreiter und vor allem auch das nötige Geld.

Text und Foto: Edith Karge

Sonnenhaus e.V.

Niederschöneweide, Flutstrasse 1

Telefon: 030 - 43 20 95 99

info@sonnenhaus-berlin.de

www.sonnenhaus-berlin.de

Café Cabiola:

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 12 - 17 Uhr und So 14:30 - 17:30 Uhr

Naturkostladen:

Mo - Fr 11 - 13 und 15 - 18:30

So 10 - 13 Uhr

Die Räume des Cafés kann man auch mieten!

Eine Erfolgsstory made in Treptow

Blättchen-Gespräch mit Geschäftsführer Ulrich Wiedemann

Größere Nachdenklichkeit stellt sich im Dezember bei Verantwortlichen des Köpenicke Vereins zur Förderung der Berufsbildung sicher nicht nur wegen der besinnlichen Adventszeit ein. Am 16. Dezember begeht er sein großes Jubiläum. Herr Wiedemann, woran denken Sie zuerst, wenn sie auf die Situation vor zehn Jahren zurückblicken?

U.W.: Vor zehn Jahren gab es viel zu wenige Ausbildungsplätze für Jugendliche. Als Erstes denke ich daran, dass man 1997 in Berlin mit der Verbundausbildung begann. Damals trafen sich einige sehr engagierte Herren, welche im Bezirk Köpenick diese Initiative aufgriffen. Für uns war das der Startschuss zur Vereinsgründung.

Worauf sind Sie besonders stolz?

U.W.: Es ging uns von Anfang an darum, neue Möglichkeiten zu schaffen, um jungen Menschen den Weg in die Arbeitswelt zu ebnen. Im Februar 1998 starteten wir mit 14 Stellen für Auszubildende als KFZ - Mechaniker an einem Standort, in der Wendenschlossstraße. Zum Ausbildungsbeginn 2007 haben wir allein in der Verbundausbildung 99 Ausbildungsverträge in 14 Berufen geschlossen, an vier Standorten. Und PRAXIS-NAH e.V. bildet inzwischen nicht nur im

Verbund aus, sondern auch im Rahmen der Jugendberufshilfe und Ausbildung für Benachteiligte im Auftrag der Arbeitsagentur. Was uns stolz macht? Das wir gemeinsam mit anderen Trägern und dem Sozialamt Köpenick seit dem Jahr 2000 das Projekt „Sprungbrett“ für unter 25-jährige Sozialhilfe- beziehungsweise ALG II-Empfänger durchführen. So gelang es, in acht Jahren 1928 Jugendliche für die Arbeitswelt vorzubereiten, 235 in Aus- und Weiterbildung sowie 234 in Arbeit zu bringen.

Gibt es Entscheidungen, die Sie heute wieder genau so treffen würden?

U.W.: Eine der ersten Entscheidungen, die ich genau so wieder treffen würde, ist die Zusage, als Leitbetrieb des regionalen Ausbildungsverbundes zu fungieren. Unterschreiben würde ich jederzeit auch wieder unser Engagement beim „Kölner Modell“, also in dem bereits erwähnten Projekt „Sprungbrett“. Als Entscheidungen, welche durchaus mutig waren, möchte ich noch die Übernahme der Gärtnerei in Hirschgarten, die Weiternutzung der Ausbildungsstätten in der Mörikestraße und die Inbetriebnahme eines Beratungsbüros in der Neuköllner Hermanstraße erwähnen.

Worin liegt das Geheimnis des Erfolges?

U.W.: Kontinuität sowie zuverlässige Partner sind das Eine, Ideenreichtum und mutige Ideen, die Alle umsetzen, das Andere. Ohne unsere engagierten Mitarbeiter wäre der Erfolg nicht möglich. Mein Dank geht zudem an die Entscheidungsträger des Bezirkes Treptow-Köpenick und an die Servicegesellschaften SPI und gsub.

Wird das 10-jährige groß gefeiert?

U.W.: Es wird keine Feier extra geben. Als gemeinnütziger Verein fehlt uns das nötige Kleingeld. Zur Eröffnung des Ausbildungsjahres 2007/2008 war bereits am 2. November eine feierliche Zusammenkunft der Mitarbeiter und Lehrlinge im ehrwürdigen Ratsaal zu Köpenick. Auf unsere traditionelle Weihnachtsfeier am 21.12. werden wir jedoch nicht verzichten, um dem Team nochmal zu danken für die großartige Arbeit.

Herr Wiedemann, wagen Sie abschließend einen Ausblick auf die nächsten Jahre?

U.W.: Na - auf jeden Fall möchte ich auch das 20-jährige Jubiläum von PRAXIS-NAH e.V. erleben mit Erfolg. Herzstück des Vereins bleibt die Arbeit mit Jugendlichen – für solide Berufsorientierung, -vorbereitung und -ausbildung. Natürlich müssen wir zukünftig den Focus stärker auf Jugendberufshilfe, Weiterbildungsangebote und soziale Projekte im Südosten Berlins richten.

Viel Glück und jederzeit die richtigen praxisnahen Lösungen wünscht Karin Franzke.



Gaststättenruine

Zu DDR-Zeiten ein sehr beliebtes Ausflugsziel – die Konsumgaststätte „Rübezahl“ – heute ein Trümmerfeld. Schade. Sieben lange Jahre blieb das Riesenareal ungenutzt. Dort wo der Abrissbagger zurzeit waltete, stand der große Flachbau der Marke „Klubgaststätte“. Heute erinnert rein gar nichts mehr an schöne Veranstaltungen und Feste, die hier abliefen, wie „Bälle der Jugend“, „Kulinarische Reisen“, viele feuchtfröhliche Familien- und Brigadefeiern. Jetzt plant eine Immobiliengesellschaft an glei-

cher Stelle eine Ferienhausiedlung mit 40-50 Häusern. Die Entscheidung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick steht noch aus. Mike Weiss, der Geschäftsführer der Müggelsee-Terrassen (Restaurant und Biergarten) hofft auf eine Baugenehmigung im Frühjahr 2008, denn leichter Tourismus belebt ja das Geschäft. Die zahlreichen, hier vorbei kommenden Wanderer, Sportler und Naturfreunde hoffen dieser Tage erstmal auf baldiges Abräumen der Fläche von 30 000 Quadratmetern und auf ansehenswertes Grün.

Karin Franzke

Die EISBAHN im weißen Zelt

Schon seit November ist die Eislaufsaison an den Müggelsee Terrassen Rübezahl eröffnet.

Bis 16. März 2008 können hier Groß und Klein auf einer 300 Quadratmeter großen Eisfläche in einem schmucken Partyzelt montags bis freitags von 10 bis 19.30 Uhr die Kufen

blitzen lassen. Für eine Laufzeit von zweieinhalb Stunden zahlen Kinder 2,50 und Erwachsene 3,00 Euro. (Schlittschuhausleihe kostet extra). Neben dem kulinarischen Angebot und Musik werden auch Eisdisco, Kindergeburtstag auf dem Eis, Eislaufen als Firmenevent, Eishockey und Eisstockschießen angeboten.

Schulklassen sowie Hortgruppen sollten reservieren (Tel. 65 66 16 88 11), denn dann zahlen sie nur 1,50 Euro pro Person fürs Laufen.



SCHUTZINTERESSEN ... IGNORIERT

Das Bundesverwaltungsgericht hatte in seinem Urteil zum Bau des Flughafens Schönefeld eindeutig die Nachtschutzregelungen unzureichend und abwägungsfehlerhaft erklärt und ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren eingefordert. Darin sollten Maßnahmen des passiven und aktiven Lärmschutzes dargestellt, die Kernzeit zwischen 0 und 5 Uhr geschützt und die Flugbewegungen in den sogenannten Nachtrandzeiten 22 bis 24 Uhr und 5 bis 6 Uhr auf ein unvermeidbares Maß reduziert werden. Die durch das Gericht festgestellten über 40.000 unmittelbar Betroffenen müssten einen hohen Preis in ihrem Anspruch auf Schutz- und Ruhebedürfnisse zahlen, und dürften nicht auch noch durch Ausweitung der Flugzeiten in die Nachtstunden gefährdet werden. Die Unterlagen des ergänzenden Planfeststellungsverfahrens lagen jetzt zur Bürgerbeteiligung aus. Die Erörterung zusätzlicher Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes spielen darin so gut wie keine Rolle. Im Gegenteil: die Zahl der Flugbewegungen wird ausgeweitet, von 316.000 auf 360.000 im Jahr. Die Zahl der täglichen Nachtflüge erhöht sich (planmäßig!) von 93 auf 113. Die für den passiven Schallschutz relevanten Schutz-zonen können verkleinert werden, weil das eingesetzte Flugmaterial angeblich weniger belastend wirkt.

Da wird seitenlang entwickelt, warum Billigflieger die Nachtrandzeiten benötigen, die wirtschaftliche Auslastung des Flugmaterials eine Ausweitung der Flugzeiten verlangt und

wenn man will, dass Schönefeld eine Heimat und Wartungsbasis für Fluggesellschaften bleibe und werde, müsse man auch nächtliche Überführungen akzeptieren. Als gäbe es keine Klimakatastrophendiskussion und nie die Feststellung, dass Flugzeuge für Strecken unter 600 Kilometer das ökologisch unverträglichste Verkehrsmittel sind.

Rund 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze sollen bis 2023 entstehen! Wenn aber die Nachtstunden für Flüge nicht zur Verfügung stehen, dann sind es statt 79.000 nur 60.000 mit den entsprechenden Steuerausfällen und Einnahmeverlusten. Auch die in Schönefeld übernachtenden Flugzeuge würden abwandern. Es ist also eigentlich der Nachtbetrieb, der wirtschaftliche Ergebnisse bringen soll. Das würde aber für die Anwohner neben den Flugbewegungen auch nachts oder ganz früh morgens den Lärm des Zubringerverkehrs mit sich bringen.

Bei den Schutzzonen soll es eine Reduzierung in Bohnsdorf und Müggelheim geben. Also von mehr Schutz kann keine Rede sein! Offensichtlich gehen Flughafenbetreiber und Planfeststellungsbehörde davon aus, dass die Anwohner müde geworden sind und kein größerer Widerstand zu erwarten ist. Doch da dürften sie sich täuschen.

Wenn weitere Zugeständnisse im innerstädtischen Flugverkehr und im Nachtflugverkehr gemacht werden und die Wirtschaftlichkeit absolut im Vordergrund steht, dann wird auch die Schließung der anderen innerstädtischen Flughäfen schwieriger wer-

den, was die Akzeptanz anbelangt. Schon heute scheint ja in Vergessenheit geraten zu sein, dass die Schutzbilanzverbesserungen für die Berliner Bevölkerung bei Schließung von Tegel und Tempelhof für das Bundesverwaltungsgericht ein wesentliches Abwägungskriterium war, den 40.000 Betroffenen im Südosten Berlins den Bau von Schönefeld zuzumuten.

Gespannt darf man sein, wie Verkehrsexpertinnen, die mit Fantasiezahlen die Unzumutbarkeit von Tempelhof beschwören, mit dem ergänzenden Planfeststellungsverfahren und den damit verschlechterten Konditionen für die betroffene Bevölkerung umgehen?

Ernst Welters

Zum Thema Schönefeld erreichte uns auch ein Leserbrief von Kurt Brunn, Basisorganisation Hessenwinkel/Wilhelmshagen:

Das Bundesverwaltungsgericht hat das Planfeststellungsverfahren für den BBI-Schönefeld genehmigt. Schlimm Genug! Nicht genehmigt hat es das Nachtflugkonzept der Flughafenbetreiber. ... Dafür hat es Auflagen erteilt. ... Entsprechend wäre der Planfeststellungsantrag zu überarbeiten.

Statt dem echt zu entsprechen, legt die Oberste Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg nun Gutachten aus – von Institutionen die der flughafenbetreiber bezahlt hat – nach denen Tag und Nacht geflogen werden soll, was die Flieger hergeben. ...

Das neueste „Nachtflug-Angebot“ laut Zeitungsmeldungen: 60 Flüge von 22 bis 23 Uhr und 27 Flüge von 23 bis 24 sowie 5 bis 6 Uhr. Also alle 2 Minuten donnert in der Schlafenszeit ein Düsenjet übers Bett. Viel Spaß!

Erfolgreich mit Zwangsarbeitern

Sport ohne Sponsoring ist heute nicht mehr vorstellbar. Dass das nicht nur für den Sponsor peinlich werden kann (siehe Rad-sportteam t-mobile) sondern auch für den Sportverein wurde jetzt in Altglienicke deutlich. Die dortige Schießsportanlage wurde Ende November in „Walther-Arena“ umbenannt. Namensgeber ist die Carl Walther GmbH, Fabrikant von Sport, Polizei und Militärwaffen mit eindeutiger Vergangenheit. In der Nazizeit war das Unternehmen ein Schlüsselbetrieb der Rüstungswirtschaft und mit ihrer Produktion an Verbrechen gegen andere Völker im 2. Weltkrieg mit beteiligt. Das damals in Zella-Mehlis ansässige Unternehmen unterhielt seinerzeit im KZ Neuengamme bei Hamburg eine eigene Fertigungsstätte mit Zwangsarbeitern. Auf der Website des Unternehmens wird auf die Kriegszeit nur mit der zynisch wirkenden Bemerkung eingegangen:

„Blieb noch der militärische Sektor, den WALTHER mit der legendären P38 versorgte. Auch diese Pistole übertraf alle Erwartungen und nahm eine führende Rolle in ihrer Waffensparte ein. WALTHER stand im Zenit des Erfolges mit mehr als 2.500 Beschäftigten in den Jahren 1943 bis 1945.“

Ein wenig deutlicher wird das Unternehmen auf seiner amerikanischen Website. Hier heißt es:

„1938, als das deutsche Militär eine stärkere 9mm-Waffe forderte, wurde das Modell P38 entwickelt.“

Erst auf die Proteste des Treptower Bund der Antifaschisten und eine Anfrage der LINKEN in der BVV gab es Reaktionen:

„Sowohl dem Bezirksamt als auch den ansässigen Sportvereinen ist bewusst, dass die Firma Walther in die Produktion von Kriegswaffen in der Zeit der Nazidiktatur eingebunden war“, beantwortete Simdorn eine

Anfrage der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Die Firma habe sich in der Vergangenheit an Entschädigungszahlungen beteiligt und gewandelt. Ohnehin bestünde der Name Carl Walther nur noch als Label, da die Firma von der Umarex-Gruppe gekauft wurde. Dazu die Carl-Walther GmbH selbst: „1993 erfolgte der Eintritt in die UMAREX-Gruppe, deren Wurzeln - streng genommen - auch bei WALTHER liegen“. Als Reaktion auf die Hinweise des BdA hat Simdorn nun mit dem Verein PSV Olympia Berlin vereinbart, dass dessen Jugendabteilung ein Projekt zur Erforschung der Geschichte der Firma Walther durchführt. Außerdem sei eine entsprechende Wandzeitung auf dem Gelände geplant. Gespräche zwischen dem Verein, dem Unternehmen und dem BdA, die Simdorn angekündigt hat, stehen jedoch noch in den Sternen. Wulf-Heinz Pflaumer, Geschäftsführer von Umarex-Walther erklärte Journalisten gegenüber „Für mich ist das Thema abgehakt“.

Karl Forster



Dirk Retzlaff und Michael Schneider am 10. Oktober vor dem Gebrüder-Montgolfier-Gymnasium, das um Erhalt und rechtzeitigen Abschluss der Bauarbeiten fürchtet.

Aus für Levi-Strauss-Realschule

Schulentwicklungsplan für den Bezirk vorgestellt

Schulstadtrat Dirk Retzlaff (SPD) hat im Ausschuss für Schulentwicklung der Bezirksverordnetenversammlung seine Absichten zur Entwicklung der Schulstandorte vorgelegt. Nachdem seine Vorgängerin Eva Mendl (DIE LINKE) die Schullandschaft auch gegen den Widerstand von Retzlaff selbst den tatsächlichen Schülerinnen- und Schülerzahlen angepasst und damit Fehlannahmen und Versäumnisse aus den neunziger Jahren korrigiert hatte, sieht die Fortschreibung der Planung, auch wenn noch einige Überkapazitäten gesehen werden, zunächst keine weiteren Standortschließungen vor. Durch die Einführung der Gemeinschaftsschule kommt es aber zu einer Verdrängung im Real- und Hauptschulbereich. Diese ist politisch gewollt.

Dies bedeutet die Schließung der Levi-Strauss-Schule zum nächsten Schuljahr. In

die Räumlichkeiten in der Köllnischen Vorstadt soll stattdessen die Schule an der Dahme aus Grünau, dort bisher Hauptschule, künftig als integrierte Haupt- und Realschule, ziehen. Die Räume in Grünau gehen an die Grundschule zum Aufbau einer Oberstufe für eine Gemeinschaftsschule. In Abhängigkeit des Anmeldeverhaltens steht für das Schuljahr 2009/2010 eine weitere Realschulschließung an. Bisher galt die 9. Realschule in Bohnsdorf als gefährdet, weil das Bezirksamt hier keine siebten Klassen eingerichtet hatte. Der amtierende Schulleiter Ralph Kapsch hat auf einer Bürgerinnen- und Bürgerversammlung des Ortsvorstands DER LINKEN Ideen zur Entwicklung des Schulprogramms vorgestellt.

So ist mit dem ins Auge gefassten Schulnamen Fritz Kühn ein künstlerisches Profil verbunden und zudem ein Förderschwer-

punkt Lese-Rechtschreib-Schwäche vorgesehen. In einem gutsituierten, am Stadtrand gelegenen Ortsteil und einer verkehrsmäßig aus anderen Regionen nur suboptimal erreichbaren Lage des Schulgebäudes, ist aber selbst bei einer erfreulichen Bevölkerungsentwicklung in Bohnsdorf mit keiner rasanten Anstiege der Nachfrage nach einem Schulangebot zu rechnen, an dem kein Abitur erworben werden kann. Daher ist die von Kapsch angedeutete Idee einer Qualifizierung zur Gemeinschaftsschule eine Perspektive.

Bei den Gymnasien ist zum kommenden Schuljahr keine Veränderung beabsichtigt. Ob es hier zum Abbau von Kapazitäten kommt, soll in Würdigung des Anmeldungen später entschieden werden. Fraglich bleibt, ob es dem Montgolfiergymnasium trotz noch andauernder Bauarbeiten am Gebäude in Johannisthal gelingen wird, genügend Schülerinnen und Schüler zu werben. Die baulichen Maßnahmen sind aber über das Schuljahr hinaus ein Vorteil. Zumal es bisher Bezirksamtspolitik war, das Gymnasium bewusst als Hort von Geist, Demokratie und Antifaschismus in einem nicht unproblematischen Ortsteil zu erhalten.

Der Müggelschlößchengrundschule im Allendeviertel droht bei wenigen Anmeldungen, ebenso wie der Grundschule am Waserturm in Altglienicke bei eventueller Auslagerung einer eigenständigen Sonderschule, die Degradierung zur Filiale benachbarter Grundschulen. Als Gemeinschaftsschule sind neben der Grünauer Grundschule auch die Anna-Seghers-Gesamtschule in Adlershof und als Verbund die Sophie-Brahe-Realschule mit der Grundschule am Heidekampgraben in Plänterwald bei der Senatsverwaltung angemeldet.

Die Linksfraktion in der BVV wird voraussichtlich im März eine öffentliche Fraktions-sitzung zu dieser Thematik durchführen.

Philipp Wohlfeil

Fraktionsvorsitzender und verantwortlich für Schulpolitik in der BVV-Fraktion

Gute Bildung – nur für Reiche?

So lautete das Motto einer Diskussionsrunde Ende Oktober in der Alten Turnhalle in Oberschöneweide. „Nein für Alle.“, so die Antwort von Steffen Zillich, Bildungspolitischer Sprecher der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus. „Damit jedes Kind (auch das eines Migranten) seine Chance hat, wollen wir - ja brauchen wir die Gemeinschaftsschule in Berlin.“

„Bildung für Alle“ so lautet die neue unendliche Geschichte, die besonders für Linkspolitiker dieser Stadt mit dem Riesensprojekt Gemeinschaftsschule gekrönt werden

soll. Dieses befindet sich in der Startphase mit immensem Aufwand und unvermeidlichen „Kinderkrankheiten“. Und es wird eingerahmt von Riesenthemen, wie: Flexiklassen, Unterrichtsausfälle, Sach- und Personalausstattungszwänge. Ebenfalls spielte es eine Riesensrolle im Bezirklichen Schulausschuss am 15.11.07 Der Bezirk Treptow-Köpenick hat sich mit drei Schulen angemeldet. Noch im November fällt im Senat die Entscheidung, ob diese Drei (eine Grundschule, eine Gesamtschule, eine Grundschule, die sich mit einer Oberschule

zusammen schließt) in die Pilotphase gehen können. Flexiklassen bedeutet eine flexible Eingangsphase für Schulanfänger in den Klassenstufen 1-3. In einem Jahr sollen alle Grundschulen des Landes die FLEX einführen. Die Amtsfeld-Grundschule im Allende-Viertel hat die FLEX eingeführt.

Karin Franke

TIPP: In der Turnhalle der Amtsfeldschule findet, schon zur Tradition geworden, am 13.12. um 17.00 Uhr ein Weihnachtssingen statt.

(Kartenkauf ab 03.12.) Bereits um 16.30 Uhr lädt der Förderverein ins Eltern-café, wo man kleine Präsente erwerben kann.

Mit Arnold Zweig im Nationalkomitee

Biografie zum Hundertsten Geburtstag von Rudolf Hirsch

Auch der letzte Stuhl war in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche besetzt, als sich am 17. November über fünfzig langjährige und neue Leser und Freunde Rudolf Hirschs seines 100. Geburtstages erinnerten, unter ihnen auch seine Witwe Rosemarie Schuder.

Die Biografie – erschienen als 60. Neuerscheinung in der Reihe „Friedrichshagener Hefte“ – wurde vom Autor Walter Nowojski vorgestellt. Linda Fichtner (Violine) umrahmte die Veranstaltung musikalisch.

Rudolf Hirsch war der Sohn eines wohlhabenden jüdischen Schuhhändlers aus Krefeld. Als Jude und Kommunist 1933 von den Nazis verfolgt, suchte er in Holland und Belgien Zuflucht. 1934 kehrte er noch einmal nach Deutschland zurück und leistete für die Gruppe Neu Beginnen illegale antifaschistische Arbeit. Im Jahr 1937 musste er Deutschland erneut verlassen. Nach einem vergeblichen Asylgesuch in Schweden wurde Hirsch 1939 nach Palästina abgeschoben. In Tel Aviv, wo er sich seinen Lebensunterhalt als Schuhmacher verdiente, leitete er zusammen mit Arnold Zweig die dortige Sektion des Nationalkomitees Freies Deutschland.

Nach dem Krieg kehrte er nach Deutschland

zurück. Als Gerichtsreporter berichtete er zunächst für die „Tägliche Rundschau“ über den Prozess gegen die SA-Verbrecher der Köpenicker Blutwoche 1950. Bis zu seinem „Unruhestand“ schrieb er für die „Wochenpost“ als „Zeuge in dieser Sache“ über den Gerichtsallday, veröffentlicht in mehreren Sammelbänden. Im Buch „Die Endlösung“ sind seine aufsehenerregenden Beschreibungen über die Prozesse gegen Nazischergen zu lesen, z.B. über die Auschwitzprozesse. Noch in hohem Alter erschienen die Reportage über den Markus-Wolf-Prozess und die Biographie Kurt Goldsteins „Judenkönig Nummer 58866“.

Im Gespräch ging es u.a. um die Frage nach der gemeinsamen Arbeit der Eheleute Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch am Standardwerk zur Judenverfolgung „Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte“. Diskutiert wurde über die Persönlichkeit Hirschs, so über seine feste Verwurzelung in der DDR, die gerade deshalb auch kritisch von ihm begleitet wurde, wenn er es als notwendig ansah. Zu erfahren war, dass dem bewährten Antifaschisten und KPD-Mitglied seit 1931 lange die SED-Mitgliedschaft verwei-



Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag von Rudolf Hirsch.

gert wurde. Zeit seines Lebens fühlte sich Rudolf Hirsch seinen ermordeten Leidensgefährten und Genossen gegenüber verpflichtet, nicht zuzulassen, dass vergessen wird. In diesem Sinne wurde am Ende aufgerufen, gegen den nunmehr 5. Nazi-Aufmarsch am 1. Dezember am Bahnhof Schöneweide zu protestieren.

Hanna Wichmann

Das Friedrichshagener Heft 60 gibt es im Antiquariat Brandel, Scharnweberstr. 59.

Die Berichte über den Prozess gegen die SA-Verbrecher 1950 „Die Blutwoche von Köpenick“ sind erhältlich in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche donnerstags von 15-17 Uhr.

Tel. 65 714 67 außerhalb der Zeit 65 16 367 oder E-Mail Hanna.Wichmann@gmx.net.

Hier können auch Buchwünsche an Rosemarie Schuder vermittelt werden.

Funksprüche zum Hundertsten



Unter dem Titel „Funksprüche an Sonja“ erschien soeben die von Rudolf Hempel herausgegebene Sammlung biografischer Notizen von Ruth Werner, die in einer Veranstaltung in der Sonnen-

blumenschule Baumschulenweg vorgestellt wurde. Mit dabei Herausgeber Rudolf Hempel und Nina Blankenfeld, Tochter der als Ruth Werner bekanntgewordenen Schriftstellerin.

Am 27. September 2007 wäe Ursula Beurton, geborene Kuczynski, die in den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts als Funkerin Sonja zusammen mit Richard Sorge und Klaus Fuchs für die Sowjetunion an der unsichtbaren Front der militärischen Aufklärung gestanden hatte, hundert Jahre alt geworden. In dem sie in England die Informationen von Klaus Fuchs über den Fortgang der Atomforschung wei-

terleitete, half sie, das Atombombenmonopol der USA zu brechen um einen weiteren heißen Krieg in Europa zu verhindern. Später in der Deutschen Demokratischen Republik machte sie sich unter anderem mit dem autobiographischen Roman „Ein ungewöhnliches Mädchen“ (1957), mit dem Erinnerungsbuch „Sonjas Rapport“ (1977) und den unter dem Titel „Der Gong des Porzellanhändlers“ (1976) gesammelten Erzählungen als Schriftstellerin Ruth Werner einen Namen, der mit Übersetzungen auch nach China, Japan, Russland und England getragene wurde.

An ihrem Lebensabend war sie sozusagen unsere Nachbarin. Da wohnte sie im Dammweg am Plänterwald mit dem geliebten Spazierweg entlang der Spree. Leider hat das Begehren vieler Nachbarn, Freunde und Verehrer, diesem den Namen der am 7. Juli 2000 verstorbenen mutigen Frau zu geben, das auch die Zustimmung ihrer Kinder und Enkel fand, in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick keine Mehrheit gefunden.

Gisela Brandt

In der Einladung zu seinem 80. Geburtstag bat Manfred Strutz von Blumen und Geschenken abzusehen und bat stattdessen über eine Solidaritätsspende „Milch für Kubas Kinder“.

Zu diesem Zweck bastelte einer seiner Enkelsöhne eine Sparmilchkuh. Das stolze Ergebnis: 650 Euro. Manfred Strutz schrieb uns jetzt dazu: „Als ich bei der AG Cuba Si diese Solidaritätsspende einzahlte, wurde mir von den Genossen dankend erklärt, daß dieser Betrag dazu verwendet wird, in Kuba die eigene nachhaltige Milchproduktion für die Kinder zu unterstützen. Darüber war ich sehr erfreut. An meine Genossen und Freunde deshalb auch nochmals ein herzliches Dankeschön“.



Antirassistischer Protestzug zum Abschiebeknast in Köpenick

Gegen die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl

Am 4. November startete die Kampagne „de-fence“, die die Initiative gegen das Chipkartensystem ins Leben gerufen hatte. 200 Menschen versammelten sich am S-Bahnhof Spindlersfeld und zogen anschließend in einem Demonstrationszug zum Berliner Abschiebeknast in der Grünauer Straße in Köpenick.

Anlass der Kampagne ist der 15. Jahrestag der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Von der schwarz-gelben Regierung unter Helmut Kohl war 1993 mit den Stimmen der SPD der Artikel 16 des Grundgesetzes geändert und das Asylrecht massiv verschärft worden.

Nachdem in den 30er und 40er Jahren Millionen Menschen - vor allem Jüdinnen und Juden - versucht hatten, aus Deutschland vor dem nationalsozialistischen Terror zu fliehen und das vielen nicht gelang, schrieben die Alliierten Streitkräfte das Recht auf Asyl im Grundgesetz fest.

Die Gründe dafür, dass heute viele Menschen ihre Geburtsländer verlassen, sind vielseitig - Verfolgung aus politischen oder diskriminierenden Gründen oder weil sie sich wie z.B. aus Ländern wie dem Iran öffent-

lich gegen die islamistische Diktatur positioniert haben und dafür verfolgt und gefoltert wurden. Andere weil sie auf Grund ihrer Homosexualität zum Tode verurteilt wurden. Ein anderer Grund für die Suche nach einem besseren Leben sind die katastrophalen Lebensbedingungen in der Dritten Welt. Armut, die die Länder der Europäischen Union mit zu verantworten haben. Europäische Fangflotten fischen die Gewässer vor den Afrikanischen Küsten leer und Europäische Produkte überschwemmen den afrikanischen Markt. Diese werden soweit von der EU subventioniert, dass die einheimischen Produkte mit diesen Niedrigpreisen nicht mehr mitkommen. Andererseits wird den afrikanischen Firmen der Verkauf ihrer Produkte in Europa auf normalem Wege untersagt. In Deutschland können Menschen bis zu 18 Monaten inhaftiert werden, weil sie sich hier illegal aufhalten. Sie haben keine Straftat begangen, niemandem ein Haar gekrümmt und trotzdem werden sie in einem Land eingesperrt, das vorgibt, demokratisch zu sein und die Menschenrechte zu achten. Diese Menschen - so auch in Treptow-Köpenick - haben auch keinen Anspruch auf einen Pflichtverteidiger.



Foto: Theo Schneider

Die Demonstranten, die am 4. November in die Grünauer Straße kamen, wollten die verurteilten Häftlinge unterstützen. In verschiedenen Sprachen wurden solidarische Grüße an die Insassen verlesen. Die Inhaftierten reagierten begeistert auf die Solidaritätsbekundungen, sie winkten hinter den Gittern und forderten laut hörbar „Freiheit, Freiheit, Freiheit“. Danach wurden hundert mit Helium gefüllte Luftballons steigen gelassen, an denen brennende Wunderkerzen befestigt waren. Ein schönes Schauspiel, um durch kreative Aktionen Solidarität zu bekunden.

Im Rahmen der Kampagne werden noch viele weitere Aktionen stattfinden, darunter eine bundesweite Demonstration im Juli 2008 in der Mitte Berlins, zur Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Philipp Häusler

Mehr Informationen:

www.chipkartenini.squat.net

Eigenständige Verantwortung für Bezirke angemahnt

Wie kann die Linke ihre politischen Ziele im Berliner Haushalt durchsetzen? Diese Frage stellten die Adlershofer Bürger unter anderem der haushaltspolitischen Sprecherin der Linksfraktion in der BVV, Katharina Weise bei der gut besuchten Diskussionsveranstaltung im Kulturzentrum Alte Schule Dörfeldstraße. Die Spannung war groß, berühren doch viele Positionen des Berliner Haushalts unmittelbar die meisten Bürger der Stadt.

Am Beispiel der Debatte zum Bezirkshaushalt 2008/2009 zeigte Katharina Weise auf, mit welchen Problemen die Fraktion sich auseinandersetzen musste. So zum Beispiel mit dem finanziellen Zuweisungssystem des Landes Berlin an die Bezirke, mit der Beschneidung von Handlungsspielräumen, den Personalkürzungsvorgaben, Mindestveranschlagungen und utopischen Einnahmevergaben des Senats. So zeigte sie auch

auf, dass durchaus sinnvolle Aufgaben an die Bezirke übertragen werden, jedoch die finanziellen Mittel nicht bereitgestellt werden. So beim Kinderschutz, beim Durchsetzen des Rauchverbotes und bei der Wartung von technischen Einrichtungen an den Schulen.

Die politischen Ergebnisse der LINKEN in Berlin wurden von Carl Wechselberg, Mitglied des Abgeordnetenhauses, auf sehr informative Art vorwiegend aus der Sicht der Erfolge dargestellt. Was sicher notwendig war, da die positiven Ergebnisse des rot-roten Senats (erster ausgeglichener Haushalt, vielleicht kleine Überschüsse in den kommenden Jahren) oft nicht gesehen werden, besonders von den Medien nicht. Die strikte Sparpolitik des Senats habe wieder zu einem Handlungsspielraum verholten, der eine gestaltende Politik in den nächsten Jahren zulässt. Er verwies auch

darauf, dass durch die Mitwirkung der LINKEN die soziale Komponente bei allen Sparzwängen nicht vernachlässigt wurde. Viele negative Einflüsse seien jedoch nicht vermeidbar, da Bundesgesetze gerade die Länder und Kommunen übermäßig belasteten. Michael Schneider (Stellvertretender Bezirksbürgermeister) machte deutlich, wie schwierig es unter den Vorgaben des Senats ist linke Politik für die Bürger im Bezirk zu gestalten. Er berichtete in diesem Zusammenhang auch darüber, wie sich Widerstand in den anderen Bezirken formiert. Michael Schneider forderte vom rot-roten Senat einen sachgerechteren Umgang mit den Bezirken ein, der es diesen auch ermöglicht bezirkliche Politik zu machen und nicht nur Erfüllungsgehilfe des Senats zu sein.

Unter den Besucherinnen und Besuchern dieser Veranstaltung entwickelte sich eine überwiegend kritische Diskussion. Dabei gab Martin Schmidt-Bugiel zu bedenken, dass das Veräußern des „Tafelsilbers“ zwar kurzfristig finanzielle Probleme lösen kann-

Fortsetzung Seite 11

Planfeststellungsverfahren Hirschgarten-Dreieck

Erfahrungsbericht aus einer Anhörung

Seit anderthalb Jahren ist nun der Fürstenwalder Damm vom S-Bahnhof Friedrichshagen bis fast zur Hirschgarten-Spitze saniert. Wir Anwohner warten nun auf den 3. Bauabschnitt.

Anfang dieses Jahres (März 2007) lag das Planfeststellungsverfahren im Bezirksamt Treptow Köpenick bereich Tiefbauamt in der Dahmestraße in Berlin-Bohnsdorf (!!) aus. Leider hatten die meisten Anwohner davon keine Kenntnis. Auch mir ging es so.

2 Bürger unserer GWG „Berliner Bär“ haben jedoch Einsicht in die Unterlagen des Planfeststellungsverfahrens genommen und haben jetzt eine Einladung zur Anhörung.

Die Anhörung aller Beteiligten und Betroffenen fand am 7.11.2007 ab 11.00 Uhr in Adlershof statt. Ich nahm stellvertretend für einen verhinderten Einreicher an dieser Beratung teil.

Eine solche Anhörung zu einem Planfeststellungsverfahren ist ein Verfahren zur Zulassungsentscheidung zu dem alle Bauträger ihre Gutachten vorlegen (Für und Wider). Die Betroffenen konnten dann zu ihren Eingaben und den bereits erhaltenen Antworten Stellung nehmen.

Die Anhörung wurde vom Leiter der zuständigen Senatsverwaltung (Abteilungsleiter Herr Losch) geleitet. Zu Beginn wurden noch einmal die gesetzlichen Schritte erläutert und wer die Antragsteller dieses Verfahrens sind. Dann wurde dargelegt, dass die Auslegung des Planfeststellungsverfahrens von 50 Bürgern wahrgenommen wurde, von denen 20 Einsprüche geltend gemacht haben.

Schon an dieser Zahl wird ersichtlich, dass es nicht sinnvoll ist, die Auslegung solcher Unterlagen fernab der betroffenen Bürger zu veröffentlichen.

Insgesamt fand diese Anhörung in einer sehr

ruhigen und sachlichen Atmosphäre statt. Vom Tiefbauamt TK wurden noch einmal die grundlegenden Veränderungen der Straßenführung und demzufolge auch der Straßenbahnführung dargelegt.

Künftig wird am Hirschgarten-Dreieck vom Fürstenwalder Damm aus der Müggelseedamm im rechten Winkel abgeleitet. Es gibt je 2 Richtungsfahrbahnen stadtauswärts und stadteinwärts von Bellevuestraße bis Hirschgarten Dreieck. Die Straßenbahn bekommt auf diesem Abschnitt auch einen eigenen Gleiskörper. Am westlichen Teil des Jastrower Weges wird eine Ampelkreuzung eingerichtet, so dass die Querung des Fürstenwalder Damms möglich ist und die Autofahrer aus Hirschgarten stadteinwärts fahren können und die Garagenbesitzer der GWG „Berliner Bär“ an ihre Garagen kommen, ohne den Knotenpunkt Bellevuestraße berühren zu müssen. Es ist vorgesehen, den Hauptverkehr nach Friedrichshagen über den Fürstenwalder Damm zu führen. Dies wurde so entschieden, weil der Fürstenwalder Damm „Straße 2. Ordnung“ und der Müggelseedamm „untergeordnete Straße“ sowie Wasserschutzgebiet ist.

Insgesamt werden 700m Straße ausgebaut. Radwege in beiden Richtungen sowie Fußgängerüberwege geschaffen. Die Straßenbeleuchtung wird erneuert und der Mittelstreifen einen neuen Baumbestand erhalten. Parktaschen werden ebenfalls eingerichtet. Weitere Gutachten über Lärmpegel und Schadstoffbelastungen, die an den Stellen der Ampeln etwas ansteigen, jedoch im Limit liegen werden folgen.

Zum Schluss der Anhörung kamen die Bürger zu Wort die Einsprüche eingelegt hatten und anwesend waren. Dabei ging es hauptsächlich um:

- die veränderte Straßenführung Müggelseedamm als Nebenstraße vom Fürstenwalder Damm
- wer nach Rahnsdorf / Erkner will, sollte als Richtung über Müggelseedamm fahren
- Querung der Straßenbahngleise für Autofahrer (z.B. künftige Kreuzung Jastrower Weg, am Ende des Hirschgarten Dreiecks)
- Staubeseitigung
- Stau Fürstenwalder Damm/Bölschestraße am S-Bahnhof Friedrichshagen
- Kommt das Straßenausbaubeitrags-Gesetz zur Anwendung?

Dieser letzte Punkt ist sehr interessant und wichtig. Das Problem muss von den Abgeordneten der Fraktion der LINKEN und auch von der AG Stadtentwicklung beim Bezirksvorstand der LINKEN im Auge behalten werden. Auch beim Tiefbauamt ist man sich noch nicht im Klaren, wie hier verfahren werden soll, da die Bauabschnitte 1 und 2 noch nicht unter das Gesetz fielen. Zweifel bleiben, ob diese teure Veränderung der Verkehrsregelung mit Totalumbau des Hirschgarten Dreiecks wirklich eine Entlastung bringen wird, da ja an der Kreuzung mit der Straßenbahn und dem Müggelseedamm auch nur eine Spur nach links in Richtung S-Bahnhof Friedrichshagen führt.

Nach der Anhörung aller Beteiligten erfolgt nun als nächster Schritt der Planfeststellungsbeschluss durch die Senatsverwaltung. Dieser Beschluss wird wiederum zur Einsichtnahme ausgelegt. Sinnvoll wäre es nun, diese Unterlagen bürgernah im Bürgeramt Friedrichshagen oder anderweitig im Wohngebiet auszulegen.

Es müsste generell darauf hingewirkt werden, vielleicht durch den „Ausschuß für Stadtentwicklung und Verkehr“ bei der BVV, dass Planfeststellungsunterlagen im jeweiligen Wohngebietsbereich, in dem die Vorhaben geplant sind, ausgelegt werden und eingesehen werden können. Das wäre bürgernah und gäbe einer größeren Anzahl von Bürgern die Möglichkeit, sich ein Urteil zu bilden und sich dazu zu äußern.

Ursula Dämmrich

Fortsetzung von Seite 10

te, übermäßige Sparmaßnahmen viele Probleme aber in die Zukunft verschoben ohne sie nachhaltig zu lösen. Oder dass durch die Veräußerung von Eigenbetrieben und die nicht ausreichende Beeinflussung von Betrieben und Dienstleistern, die dem Land nahe stehen, eine übermäßige finanzielle Belastung von vor allem sozial schwachen Bevölkerungsschichten entstanden ist. Die Übertragung der KITAS an freie Träger und

das Projekt Gemeinschaftsschule wurde sehr kritisch bewertet.

Auch Michael Schneider bestätigte, dass durch die übermäßigen, nicht realistischen Einnahmeerwartungen des Senates wertvolle Immobilien abgegeben werden mussten. Diese seien dem Bezirk dauerhaft entzogen und somit könnten manche wichtigen sozialen Projekte nicht in erforderlichem Maße vom Bezirk unterstützt werden. Carl Wech-

selberg stellte nochmals klar, dass die LINKEN an der Veräußerung des „Tafelsilbers“ (vor der Bildung des rot-roten Senats) nicht beteiligt gewesen seien.

Zahlreiche Adlershofer sprachen sich schließlich für eine bessere Kommunikation zwischen Senat und Bezirken aus, so dass die Bezirke nicht den Eindruck erhielten, nur Senatsbeschlüsse ausführen zu müssen.

K.-H. Schnabel

Wir gratulieren

im Dezember zum Geburtstag

- 98. Katharina Staude
- 93. Anna Posselt, Irma Quade
- 92. Hertha Meybaum, Walter Sack
- 91. Elisabeth Becher
- 90. Elfriede Leipner
- 85. Isa Bräutigam, Ilse Bzdak,
Monica Heilig, Edith Pateisat,
Horst Drese

Herzlichen Glückwunsch zur Diamantenen Hochzeit

Am 22. November feierten Christa und Richard Meyer ihre Diamantene Hochzeit. Die Genossinnen und Genossen ihrer Basisgruppe Friedrichshagen Ost wünschen noch viele schöne gemeinsame Jahre bei guter Gesundheit.

- 80. Gerda Bober, Annemarie Kerschek,
Brunhilde Krupinski, Ursula Möller,
Ilse Pahlke, Christa Preiß, Heinz
Gotthans, Werner Kienitz, Fritz
Peter, Werner Zimmermann
- 75. Christel Borchert, Gisela Brandt,
Inge Buller, Marianne Klusmann,
Erika Segendorf, Marlis Stengert,
Erhard Wilke



KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
E-Mail: pds-koepenick@t-online.de
Öffnungszeiten:
Montag nach Vereinbarung,
Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr,
Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr,
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr,
Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr.

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 4241
Öffnungszeiten:
Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr,

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Telefon/Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 6172 4161
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechstunden jeden
Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr,
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr.
**Die Geschäftsstelle der Fraktion im RH
Treptow bleibt zwischen 17.12.07 und
11.01.08 wegen Resturlaubs geschlossen!**

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 63224357, Fax (030) 63224358
Sprechzeiten
Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr
**Das Wahlkreisbüro ist in der Zeit vom
24.12.07 bis zum 14.01.08 geschlossen.**
Kassenöffnungszeiten Jahreswechsel 07/08
Köpenick, Allendeweg
Letzter Kassentag: Do. 13.12.07, 10-16 Uhr
Erster Kassentag: Do., 10.01.08, 10-16 Uhr
Treptow, Brückenstraße
Letzter Kassentag: Do., 13.12.07, 14-18 Uhr
Erster Kassentag: Do., 10.01.08, 14-18 Uhr

TERMINE DEZEMBER / JANUAR

SO 09.12. 10:00 „Himmliches Gelächter“,
Frühschoppen mit Günter Herlt,
Köpenicker Fischerhütte,
Wendenschloßstr. 60 D

SA 05.01. 10:30 Kuba überlebt. Polit.
Frühschoppen mit Heinz Langer,
Botschafter a.D. Gaststätte „Zur
Tankstelle“, Spindlersfeld

FR 11.01. 10:00 AG Politische Bildung,
Allendeweg 1

MO 14.01. 15:00 Beratung der AG
Seniorenpolitik, Geschäftsstelle
Brückenstr. 28, Problemdiskus-
sion mit Ines Feierabend, Bezirks-
stadträtin für Soziales und
Gesundheit zu seniorenpoliti-
schen Schwerpunkten bei der
weiteren Umsetzung des Senio-
renmitwirkungsgesetzes im Jahr
2008 in unserem Bezirk, Gäste
wie immer herzlich willkommen

MO 21.01. 17:00 Beratung mit den BO-
Vorsitzenden, ab 18:00 Uhr:
Basistreffen mit Lothar Bisky,
Vorsitzender DIE LINKE und
Vorsitzender der Europäischen
LINKEN, Rathaus Treptow

Konzert des Ernst-Busch-Chores „Menschen, lasst uns Menschen werden“

am 26. & 27. Januar 2008, jeweils 15.00 Uhr

Ort: im Russischen Haus der Wissenschaft
und Kultur, Friedrichsstraße,
Eintrittspreis: 10 Euro
Vorverkauf: im Russischen Haus der
Wissenschaft und Kultur;
Tel: 20 30 22 51; Di. - Fr. 14.00 - 19.00 Uhr
oder im Kulturhaus Karlshorst
(*Eingang Dönhoffstraße*)
ab 27.11. bis 18.12.07, 13.00 - 14.00 Uhr

Stolpersteine für Max und Hannelore Salinger

**Montag, 10. Dezember 2007, um 16 Uhr
in Grünau, Wasserportallee 34**

Max Salinger war schon vor dem 1. Weltkrieg
Apotheker in Grünau, zuletzt in der heutigen
Wassersportallee 34. Unter dem NS-Regime
musste er als Jude Haus und Apotheke ver-
kaufen. Der Siebenundsiebzigjährige wurde
nach Theresienstadt verschleppt und verstarb
dort 1942. Seine Tochter Hannelore, geboren
1922, ist seit der Deportation nach Auschwitz
1943 verschollen.

**Ihr Andenken soll durch Stolpersteine
geehrt werden.**

*Die kleinen goldenen Steine werden vom
Kölnener Künstler Gunter Demnig verlegt.
Anschließend Würdigung mit Schülern der
Flatow-Oberschule im Evangelischen
Gemeindehaus Baderseestraße*

Die nächsten Blättchen erscheinen am:

17. Januar 2008 und 07. Februar 2008

Termine für den blättchen-Kalender

bitte per Telefax an 64 32 97 92
oder an: petra.reichardt@pds-berlin.de

Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine
Spende von 25 Cent für jede Ausgabe not-
wendig. Wir bedanken uns für alle Spenden
und bitten weiter um Unterstützung, per
Überweisung, unter: **Empfänger:** Die Links-
partei.PDS - LV Berlin, **Konto:** 438 481 6800
BLZ: 100 200 00 Berliner Bank AG,
Verwendung 810-502 oder direkt in beiden
Geschäftsstellen. **Vielen Dank!**

Termine der BVV-Fraktion

Fraktionssitzungen:

Montag 10.12.07 um 19.00 Uhr
Montag 14.01.08 um 19.00 Uhr
findet eine Thematische Fraktionssitzung
„Bürgerhaushalt“ statt
jeweils Raum 205 Rathaus Treptow
BVV-Sitzung:
Donnerstag 13.12.07, 16.30 Uhr
Großer Saal, Rathaus Treptow

IMPRESSUM

Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.
Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der
Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
V.i.S.d.P.: Karl Forster
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen gram-
matischem und natürlichem Geschlecht (Genus und
Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung
-innen werden deshalb nur verwendet, wenn aus-
schließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
*Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen,
Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!*
Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung
Redaktionsschluss: 28. November 2007
Ausgabebetrag „blättchen“ 135: 17. Januar 2008
Termine und Texte für „blättchen 135“ bitte bis zum
8. Januar 2008 an die Redaktion einsenden.